

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

5.4.1919 (No. 82)

Expedition: Karlsruher Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 A 25 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 A 42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespartene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 20 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

An das Badische Volk!

Am 2. April hat die verfassunggebende Nationalversammlung ein Staatsministerium gewählt. Damit steht die Republik Baden am Wiederbeginn eines verfassungsmäßigen Lebens.

Das Staatsministerium hat sein Amt angetreten in der Zuversicht, daß der große Teil des badischen Volkes, der hinter der Mehrheit der Nationalversammlung steht, dem Ministerium sein Vertrauen entgegenbringt. Nur in dieser Hoffnung wird es den unterzeichneten Ministern und Staatsräten möglich sein, das ihnen vom badischen Volk übertragene verantwortungsvolle Amt in so schwerer Zeit zu führen.

Die Regierung wird unverzüglich die Arbeit aufnehmen, die berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen unserer Zeit zur Durchführung zu bringen, den politischen, geistigen und moralischen Wiederaufbau unseres Staates einzuleiten. In kürzester Frist wird das Ministerium mit seinem Arbeitsprogramm auf diesen Gebieten vor die Nationalversammlung und das Land treten.

An das ganze badische Volk richten wir die Aufforderung, inwieweit seiner Regierung die sorgenvolle Arbeit zu erleichtern durch den Entschluß, in der Ruhe und dem Sinne von Ordnung zu verharren, die uns Baden zu allen Seiten ausgezeichnet haben. Nur dann wird es möglich sein, die demokratischen Grundgesetze unserer jungen Republik, die Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaus, die Früchte der Arbeit in Fabrik und Handwerk, das dem Acker und den Stätten des geistigen Lebens vor schwerer Gefährdung zu bewahren. Das ist die notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit weiteren Fortschritts auf sozialem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Es lebe das badische Volk!

Karlsruhe, den 3. April 1919.

Das Staatsministerium der Republik Baden,
Geiß, Staatspräsident,
Dietrich, Engler, Dr. Haas, Hummel, Köhler, Maxam,
Remmel, Rüder, Trunt, Weißhaupt, Dr. Wirth, Wittemann.

Keine Landung in Danzig.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das Abkommen über die Frage des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet ist heute abend 7 1/2 Uhr von dem Reichsminister Erzberger und Marschall Foch in Spaan unterzeichnet worden. Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet.

Vor der Unterzeichnung des Abkommens hat Reichsminister Erzberger die Erklärung abgegeben, daß die Auffassung der Entente über den Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, wonach sich aus dem Artikel für Deutschland die Verpflichtung ergebe, auch die Truppen des General Gallers über Danzig nach Polen durchzumarschieren zu lassen, sich nicht mit der Auffassung der deutschen Regierung deckt. Ferner hat Reichsminister Erzberger vor der Unterzeichnung beim Marschall Foch beantragt und die Zusage erhalten, daß Marschall Foch, weil er für Schiffsfahrtsfragen nicht zuständig ist, bei den zuständigen englischen Schiffsfahrtsbehörden empfehlen wird, für die Dauer des Durchzugs polnischer Truppen durch deutsches Gebiet die deutsche Küstenschiffahrt freizugeben.

Das Abkommen, das einen Kompromiß darstellt zwischen der deutschen Auffassung und dem Standpunkt der Entente, hat folgenden Wortlaut:

I. Aus dem Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch feindlicher Streitkräfte über Danzig zuzulassen und infolgedessen nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Gallers.

II. Die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

- 1. Von Stettin über Kreuz, Richtung Posen-Warschau
- 2. Von Pillau-Königsberg und Memel über Korchen-Lud-Arojewo.

3. über Koblenz-Gießen-Kassel-Salle-Cilenburg und über Frankfurt a. M.-Wehra-Erfurt-Leipzig-Cilenburg, dann weiter über Lissa-Kalisch.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern. Die zu befördernden polnischen Truppen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung des Transportes wird durch einen Infanterieverband zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten bei dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege ernsthafte Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den Alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Foch, der Befehlshaber der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die in Art. 16 des Waf-

fenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 vorgesehen sind und zwar nach Ausführungsbestimmungen und mit Garantien, die durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festgesetzt sind.

Der bolschewistische Weltbrand.

Das rumänische Pressbüro in der Schweiz meldet: Die Nachrichten aus Sofia sind beunruhigend. Die Bulgaren machen Wien, den Ungarn nachzusehen. Die bulgarische Zeitung „Univerzal“ meldet, daß in Sofia schon ungarische bolschewistische Agenten eingetroffen sind, um sich mit den bulgarischen Politikern über die Bedingungen einer gemeinsamen Aktion zu verständigen.

Nach einem Bericht der Kopenhagener „Berlinske Tidende“ aus London, steht dort sowohl in Paris das Umsichgreifen des Bolschewismus im Vordergrund des Interesses. Das Verhalten der Ententeregierung gegen die Sowjetregierung werde scharf kritisiert. Man sehe ein, daß durch diese Politik nur der Zusammenschluß der gemäßigten Sozialisten Russlands mit den Bolschewisten erreicht worden sei. Vor allem beginne sich aber in englischen und amerikanischen Kreisen die Überzeugung durchzusetzen, daß von einem Bänderbund keine Rede sein könne, so lange Rußland und Deutschland bei Seite stehen müssen. In Berlin werde ein ungewöhnlich politisches Talent erkannt. Man sehe jetzt ein, daß es besser sei, ihn als Mitglied in die politische Weltgesellschaft aufzunehmen, als ihn als politischen Feind draußen zu lassen.

Wie der Korrespondent der „Berlinske Tidende“ weiter berichtet, beabsichtigt man nimmere auch, Rußland durch Zufuhr von Lebensmitteln und anderen Waren zu Hilfe zu kommen.

Der „Corriere della Sera“ enthält einen Warnruf an die Pariser Konferenz und betont die Gefahr eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland, welches die gegenwärtige internationale politische Lage ernstlich bedrohe. Diese Gefahr sei unvermeidbar, wenn nach dem Friedensschluß die gegenwärtige Teilung in zwei feindliche Mächtegruppen bestehen bleibe.

Der Generalstreik in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird von gestern abend gemeldet: Am 3. April gab es abends einen Kampf gegen etwa 400 Spartakisten, die sich auf der Bergstraße zwischen Geisburg und Wangen festgesetzt hatten, dort Schützengräben aushoben und 8 bis 10 Maschinengewehre aufgestellt hatten. Ihre Stützpunkte an den Häusern wurden mit Artilleriefeuer belegt. Auf der Ulmer Straße Geisburg-Wangen lag starkes Feuer der Spartakisten, bei dem ein Kind getötet und ein Koffer der Sicherheitspolizei schwer verwundet wurden. Ein Waffenlager in Walheim bei Wangen, in dem auch Maschinengewehre waren, wurde ausgeschoben. Die Schützengräben bei Wangen hat schon der Regen in der Nacht von den Spartakisten gesäubert. Um 7:30 Uhr abends fielen Schüsse aus den Häusern beim Wilhelmshaus gegen die dort aufgestellten Sicherheitsposten. Bei dem sich hieraus entwickelnden Gewehrfeuer wurden zwei Einwohner, die sich trotz wiederholter Warnungen auf der Straße aufgehalten hatten, tödlich getroffen.

Nach den uns zugegangenen Meldungen wird im Lande außer in Stuttgart, Böblingen, Ehlingen und Würtlingen überall gearbeitet. Verjüde der Spartakisten, in Ulm den Generalstreik zu inszenieren, scheiterten. Der Ort Wangen wird heute nach Wangen durchsucht. Bis jetzt sind 16 tote, darunter zwei Angehörige der Regierungstruppen gemeldet. Verwundet sind 41 Personen. Das außerordentliche Kriegsgericht hat seit gestern seine Tätigkeit aufgenommen und in mehreren Fällen schwere Strafen ausgesprochen.

Eine Augsburger Kundgebung für die Räterepublik Bayern.

In einer vom Arbeiter- und Soldatenrat in Augsburg einberufenen öffentlichen Versammlung wurde beschlossen, an den Münchner Zentralrat die Forderung zu stellen, die Räterepublik für Bayern auszurufen und den Anschluß an die ungarische und russische Räterepublik zu vollziehen. Weiter wurde beschlossen, in Augsburg einen eintägigen Streik durchzuführen. Demzufolge traten gestern die Arbeiter in den Betrieben in den Ausstand. Die Straßenbahn ruht. Auch in den Zeitungsdruckereien wird nicht gearbeitet. Gegen 19 Uhr bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Stadt, in dem rote Fahnen und Tafeln mit der Aufschrift „Hoch die Räterepublik“ getragen wurden. Die Demonstration verlief vollkommen ruhig. Im Lauf des Vormittags erschien eine öffentliche Bekanntmachung von der revolutionären Arbeiterpartei und dem A. und S. Rat Augsburg, in der mitgeteilt wird, daß die geistige Versammlung sich mit der russischen und der ungarischen Sowjetrepublik und mit dem gleichnamigen Proletariat solidarisch erklärt und den im Generalstreik befindlichen württembergischen Genossen ihre Sympathie ausdrückt.

Wiedereinführung der Sommerzeit.

Wie die Blätter melden, stimmte der Staatsauschuß dem Gesetzentwurf über die Einführung der Sommerzeit für das laufende Jahr zu, die für die Zeit vom 28. April bis 15. September in Aussicht genommen ist. Gegenüber allen Bedenken gegen ihre abermalige Einführung waren maßgebend die Ausführungen der Reichskommissare über die namentlich bei den Gas- und Elektrizitätswerken erzielten Kohlenersparnisse, die bei der gegenwärtig herrschenden Kohlenknappheit besonders ins Gewicht fallen.

Ein Weg der Rettung.

In der „Frankf. Ztg.“ bespricht Prof. Paul Ratorp-Warburg in sehr bemerkenswerten Ausführungen die Schwäche unserer innerpolitischen Verfassung, die für den Feind die stärksten Verlockungen einschließt, die Hybris des Siegers an uns bis zur Schamlosigkeit auszulassen. Er sucht die Fehler nachzuweisen, die unserem als Notbau errichteten Staatsaufbau anhaften und einen Weg der Rettung aus dem gegenwärtigen Zustand zu finden. Dabei kommt er u. a. zu folgenden Darlegungen:

Das alte System ist nicht wiederherzustellen, kein Engel vom Himmel brächte das wieder zurecht, nicht der unwahrscheinlichste Gewaltmensch vermöchte es wieder herbeizujagen. Es bleibt nur eins: der Aufbau von unten, in Gestalt einer doppelten Sachverständigen-Vetretung neben und gegenüber der politischen Körperschaft: eines Zentralrats der Wirtschaft und eines solchen der Geistespflege. Selbst die russischen Bolschewisten haben das theoretisch klar erkannt, es auch praktisch durchzuführen versucht, wie es scheint, nicht mit dauerndem Erfolg, weil zu viele Vorbedingungen dazu nicht erfüllt waren und bei gegebenem Maße nicht erfüllt werden konnten. Bei uns wäre der Versuch keineswegs aussichtslos, vorausgesetzt, daß unsere Intelligenz sich energisch dafür einsetzt. Für den Neuaufbau unserer Wirtschaft hat der Abgeordnete Kalkbrenner den Weg gezeigt. Der Aufruf von Rudolf Steiner, dessen nähere Ausführung freilich noch abzuwarten ist, scheint auf ähnliches hinauskommen, er stellt neben das wirtschaftliche und politische „System“ als drittes, wiederum völlig unabhängiges, das der geistigen Produktion; wie ich es kurz vorher und ohne Kenntnis von Steiners Vorschlag aufgestellt habe. Der gleiche Gedanke taucht auch sonst jetzt an den verschiedensten Stellen auf. Ich fordere also, daß beide Organisationen, die der Wirtschaft und der Geistespflege, ganz von unten, von den unmittelbar arbeitenden Organen beider aus, und zwar jede ihrem vollen Umfang nach, Stufe um Stufe bis zu der gedachten Spitze eines Zentralrats, als Vollvertretung der gesamten wirtschaftlichen und der gesamten kulturellen Arbeit der Nation sich aufbauen; beide unpolitisch, d. h. ohne unmittelbar gesetzgebende oder verwaltende Befugnis, aber dabei in der ganzen Stärke auch politischen Einflusses, die ihnen die innere Autorität des Sachverständigen und das Gewicht der hinter ihnen stehenden wirtschaftlich und geistig schaffenden Arbeit der Nation den politischen Instanzen gegenüber geben muß und zweifellos geben würde, während den letzteren allein das bliebe, was in der Tat nur ihr Wesen ausmacht: die die Rechtskraft begründende Formgebung. Jede die Gebiete der Wirtschaft und der Geistespflege berührende Gesetzesvorlage (oder nicht bloß exekutive Verwaltungsanordnung) müßte der Vegetation des zuständigen Zentralrats unterliegen, oder von diesen selbst eingebracht sein, mit der Verpflichtung auf Seiten der politischen Instanz, ihn zur Beschlußfassung zu bringen, gegebenenfalls im Wege des Referendums. Daß die völlige politische Autonomie der geistigen Arbeit ebenso notwendig, fast noch dringlicher ist als die der Wirtschaft, bedarf kaum der Begründung. Es sollte genügen, daran zu erinnern, daß in Gemeinleben doch wohl nicht minder als im Leben des Individuums der Geist herrschend, Wirtschaft und Politik dienend sein müssen.

Nahe verwandt ist unserem Vorschlag die schon alte Forderung berufständischer Organisationen, deren Verhältnis zur politischen nur nicht immer in hinlänglicher Klarheit gedacht war. Auf die eben angeordnete Art würde das Verhältnis klar und eindeutig bestimmt sein. Die Wirkung dieser dreifachen Organisation würde sein, die Parteien mit allem, was sie im Gefolge haben — zwar nicht auszuscheiden, aber für die Einheit des Ganzen unschädlich zu machen. Parteien würden bleiben, aber sie müßten sich selbst mit jowiel Sachverstand ausrüsten, daß sie nicht gegen die ganz und nur nach der Förderung der Sachverständigen aufgebauten und berufständischen Vertretung völlig ins Hintertreffen geraten. Ihre eigentümlicher Sachverstand würde in der Technik der rechtlichen Formgebung bestehen.

Werden sie es einsehen? Sie müssen! Denn — das ist das Verhängnis unserer Lage, aber es kann, wenn wir wollen, unsere Rettung werden: es bleibt keine Wahl als zwischen Vernunft und Untergang; ein Fall der Wahl, wo die nötige Klarheit der Sachlage vorausgesetzt, doch wohl allseitige Einigkeit sich ergeben müßte. Sache der zur geistigen Führung Berufenen ist es, diese Klarheit zu schaffen, sie in sich selbst zuerst zu unabweisbarem Siege zu bringen, dann auch so zu padendem, gemeinschaftlichem, gemeinüberzeugendem Ausdruck zu prägen, daß sie, durch den inneren Zwang der Wahrheit, auch allgemein durchdringen muß. Dem dunklen Drang der sozialistisch nicht denkenden aber fühlenden und innerlich gestimmten Massen läme solche Klarheit offenbar entgegen. Sie würde ihnen eine Hilfe und Aufrechterhaltung bringen, nach der sie schmerzlich verlangen, und ihnen die Arbeit wieder lieb machen durch die Sicherheit, daß sie nicht umsonst, sondern für den von Grund aus neu, endlich einmal voll menschenwürdigen Lebensaufbau, der ihnen längst als Ziel vor Augen steht, arbeiten. Für die Träger der geistigen Arbeit aber ist es heute mehr denn je unabweisbare Pflicht, daß sie jede Faser anstrengen, in sich selbst und in allen diese Fäden anzuzünden und voranzutragen; endlich einmal zu beweisen, daß „Idee“ nichts Kraftloses, bloß nach innen Wirkames ist, das nach außen sich verkrichen und in der Welt draußen das weiter rasen lassen — jene „geringsten der Abel“, die in Wahrheit die gefährlichsten eben darum sind, weil sie die Abel bedecken und für Götter, bloß nach innen Wirkames ist. Die bisherigen politischen Instanzen, wie sie auch heißen, um jeden Preis, um den Preis nicht des Besseren, sondern des einzig Guten halten zu wollen, weil sie doch für den Augenblick die Ordnung ver-

treten, ist verfehlte Politik. Leben sie doch nur sozusagen aus dem Meißel. Erreichen wird man mit ihnen nichts, was Dauer und Kraft hat. Nur das Eine ist von ihnen zu erwarten und zu fordern. Daß sie dies selbst erkennen und selber nicht ihr Testament machen, aber sich rechtzeitig dahin begeben, das allein zu besorgen, was allein ihres Amtes ist: jene Fortentwicklung, die allerdings allein eine konkrete Gestalt des in Zeit und Raum jetzt und hier möglichen Ganzen ausmacht; dagegen jene andern Instanzen selber einsetzen, die allein der Form den substanzialen Gehalt geben können, weil sie allein die positiv schaffenden, aufbauenden, somit wirkungskräftigsten sind: d. h. die Gesamtheit der Arbeitenden der Wirtschaft und des Geistes aus sich selbst, von unten auf und nicht von oben herab organisieren. Was man jetzt „Organisieren“ nennt, ist, eben weil es von oben herab geschieht, vielmehr roher Mechanismus. Es wächst nur etwas aus dem Boden von der Wurzel an. Der Gärtner mag Stäbchen einstecken und Fäden ziehen, so rankt es sich dann und gewinnt „Form“, aber wachsen machen kann er nicht. Wohl aber Keime, die selbst gewachsen sind, in die Erde stecken, den Boden bereiten, Licht und Luft richtig zuleiten, kurz die Bedingungen, wo sie nicht von selbst gegeben sind, herstellen, um das Einwachstum zu befördern. Das allein wäre — Freiheit. Nach der Lege alles, jeder will sie, und jeder tut doch alles, sie zu hinterziehen. Sollten in Deutschland nicht so viel innerlich freie sich zusammenfinden, um mit vernünftlicher Stimme sich zu solcher Freiheit zu bekennen und alle, die frei sein wollen, zu sammeln, dann aber auch über Freiheit eine „Gasse“ zu erlumpfen, und wäre es mit ihren Leibern? Dann verbieten wir den Untergang, so wie wir sicher ihm entgegengehen würden.

Wzulang haben wir „Geistigen“ beiseite gestanden und das mit allen Nöten ringende Volk im Zweifel gelassen, ob wir eigentlich zu ihm stehen wollen oder nicht. Wir müssen ihm zeigen, daß wir noch ein Stück radikaler, revolutionärer sind als die Radikalen, die Revolutionäre; weil wir auf reinem Boden rein aufbauen möchten. Es geht nicht an, das alte Unkraut stehen zu lassen und den guten Samen nur dazwischen zu säen. Dann ist er vertan. Daraus mit dem Zeug von der Wurzel an, und den Boden ordentlich um- und umgepflügt: das heißt echt radikal sein und revolutionär. Dann wird der Boden auch empfänglich sein zur frischen Saat, und sie dursig aufnehmen. Dazu helfe jeder, zuerst einmal — durch Weisheit!

Die Franzosen in der Pfalz.

Man schreibt uns von unterrichteter Seite:

„Das bei den Franzosen so beliebte System der „Pénétration pacifique“, der friedlichen Eroberung, hat in General Gérard, dem Oberkommandierenden der Alliierten in der Pfalz, einen besonders zielbewußten und skrupellosen Vertreter. Als Günstling und präsumptiver Nachfolger Clemenceaus im Kriegsministerium, leitet er alles daran, sich seines Vorbildes würdig zu zeigen, indem er das urdeutsche Volk der Pfälzer der französischen Weltanschauung zu gewinnen und seinen Anschluß an Frankreich als von jedem Standpunkt aus natürlich und im eigenen Interesse liegend erscheinen zu lassen sucht. Die Aufgabe ist nicht leicht, zumal die mit der Besetzung des Landes verbundenen und durch Willkür im einzelnen verschärften Beschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und die Demütigungen, denen die gut deutschgeinten Bewohner der „fröhlichen Pfalz“ Tag für Tag ausgesetzt sind, nicht gerade dazu dienen, den „Befreierten“ Sympathien zu verschaffen. General Gérard aber fand das erfolgversprechende Mittel, den von den deutschen Volksgenossen abgeperrten Pfälzern den klaren Blick zu trüben und den Geist so zu benebeln, daß sie nach seiner Meinung nur in den Segnungen der französischen Kultur die Rettung aus den Nöten dieser Zeit erblickten. In denen sich die Leiden des Krieges fortsetzen. Der Oberkommandierende fand dieses Mittel in der erzwungenen Mitwirkung der pfälzischen Presse, die neben der doch immerhin zweifelhaften Einwirkung auf die Landesbewohner noch den Zweck verfolgt, im Zusammenhang mit den pseudo-wissenschaftlichen Geschichtsauslegungen der Pariser Regierungsbürokratie bei der Entente und den neutralen Völkern falsche Anschauungen über die Lage und Stimmung in der deutschen Pfalz zu wecken und zu nähren.

Zu diesem Zweck wird die pfälzische Presse in schamlichster Weise geknechtet und vergewaltigt. Unter unerhörtem Gewissenszwang wird von den Schriftleitungen verlangt, daß sie die ihnen vom Pressebureau des Oberkommandierenden gesteuerten Artikel unverändert und in einer Form aufnehmen, die sie als eigene Erzeugnisse und damit als den Spiegel der Stimmung im Leserkreise erscheinen lassen. Eine Weigerung wird als feindselige Handlung betrachtet, eine Entgegnung mit dem Verbot der Zeitung bestraft. So erscheinen denn seit Monaten in der pfälzischen Presse wieder und wieder Artikel, in denen dankbare Herzen überzustromen scheinen von Anerkennung des Edelmuten der französischen Befreier, von Vermeidung französischer Befehle, von Sehnsucht und Wiederverkehr der Zeiten einer Verbindung der Pfalz mit dem glanzvollen Reiche des Sonnenkönigs Ludwig XIV. mit dem Vaterlande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Immer wieder müssen die Zeitungen betonen, „wie herzlich sich die Beziehungen zwischen Zivilbevölkerung und Besatzungstruppen in der Pfalz gestalten dank der Ausstrahlung der französischen Kultur, des musterhaften Verhaltens der Truppen und der weisen und wohlwollenden Maßnahmen einer in Verwaltungsfragen so bewanderten Persönlichkeit, wie General Gérard.“ Eine von Oberkommando veranstaltete Ausstellung „Landau als französische Stadt“ gab Gelegenheit zur Veröffentlichung von Artikeln über die ruhmvolle Vergangenheit „dieser französischen Stadt, die nie gezwungen war, die schmerzlichen Folgen einer großen Niederlage zu tragen (?), da sie am Ende des Krieges stets der heißbegehrte Siegespreis war.“

Vor allem aber muß sich die pfälzische Presse dazu hergeben, die begriffsstutzige Bevölkerung in französischem Sinne darüber aufzuklären, wer allein die Schuld am Weltkriege und seiner barbarischen Gestaltung trage. Dazu dient dann die Veröffentlichung von sogenannten „Dokumenten“, deren Glaubwürdigkeit allerdings nur behauptet, nicht bewiesen wird. Sie sollen vor allem dartun, wie hart und grausam die deutsche Behandlung der Bevölkerung in Belgien und Nordfrankreich gewesen sei, verglichen mit der Milde des siegreichen französischen Heeres, das „Kraft der Kriegsgesetze (1) über feindliche Landesteile herrscht, die es auf dem Wege der Eroberung (1) besetzt hält; das die persönliche Sicherheit und das Vermögen der feindlichen Staatsangehörigen schützt und gewährleistet, welche die Entscheidung seiner Macht überlassen hat.“

Solche Dinge muß die Presse der gutdeutschen Pfalz ihren Lesern seit Monaten unter dem Zwange der Vergewaltigung bieten, die bewußt darauf abzielt, die öffentliche Meinung irreführen und zu fälschen. Denn wiederum liegt der schuldige, hochtrabende Ton des französischen Rathos zu wenig, als daß man ernstlich fürchten möchte, sie könnten unter

solcher Einwirkung Schaden nehmen an ihrer deutschen Seele. Aber diese gefälschten Zeitungsstimmen klingen hinaus und sollen hinaus klingen, wo die französischen Annexionspläne erzwungen und gewürdigt werden, und schon deshalb ist es der Mühe wert, die unläuterer Nachenschaften des Oberkommandierenden der Alliierten in der Pfalz niedriger zu hängen und als das zu kennzeichnen, was sie sind.

Politische Uebersicht

Schule und Kirche in der Reichsverfassung

Im Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung wurde der Artikel 31 über die Lehrfreiheit im wesentlichen nach dem Antrag Seydewitz angenommen. Es wird darin bestimmt, daß die Volksschule mindestens acht Schuljahre umfassen und daß sich an diese eine Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahr anschließen soll. Die Lehrer haben Rechte und Pflichten der Staatsbeamten. Staatsbürgerkunde ist Lehrgegenstand in allen Schulen. Unterrichts- und Lehrmittel in den Volksschulen sind unentgeltlich. Jedem Unbemittelten soll auch der Zugang zu seiner Begabung und Neigung entsprechenden höheren Schule durch Vereinstellung öffentlicher Mittel ermöglicht werden. Der Religionsunterricht soll einen ordentlichen Lehrgegenstand bilden. Kein Lehrer darf zur Erteilung desselben und kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsbehörden zu seinem Besuche gezwungen werden. Die theologischen Fakultäten der Universitäten bleiben erhalten.

Reichs-Einkommensteuer.

Wie verlautet, besteht der Plan, eine Reichseinkommensteuer zu erheben, die gewissermaßen als Zuschlag seitens des Reiches zu der Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kommunen gedacht ist. Von dieser Reichseinkommensteuer sollen nur Einkommen von 40 000 M. an erfaßt werden.

Unterdrückung des bayerischen Landtags.

Der Münchener Zentralrat teilt mit: Laut Zeitungsnachrichten soll am Dienstag, den 8. April, der Landtag zusammengetreten. Der Zentralrat hat sofort energische Schritte unternommen, daß die Einberufung des Landtages rückgängig gemacht wurde. Der Zusammenritt unterbleibt daher. Dem Verl. Lokalanzeiger wird dazu berichtet: Die Unterdrückung des Landtages durch den Zentralrat muß als das Signal zur dritten Revolution angesehen werden, die dann vorausichtlich zur Sperrung des Landtages wie zur Auslösung der Räterepublik, dann aber auch zur Auflösung des Staates Bayern führen kann, denn sowohl Franken wie Schwaben und die Pfalz sind reich am Abfall von München. Von Nürnberg aus erklärt die deutsche demokratische Partei und der Deutsche Bauernbund, wie die „D. Fr.“ meldet, einen gemeinsamen Aufruf zur Vorbereitung des Generalstreiks der gesamten Bürgerchaft, falls gewisse Fremdlinge und Platanen den sozialistischen Generalstreik verhindern sollten. Schließlich bleibe nur eine Wahl „Los von München!“

Die Beschlüsse der österreichischen Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung in Wien nahm in dritter Lesung die gestern beschlossenen Vorlagen an, darunter einstimmig das Gesetz betr. die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen. Die Nationalversammlung beschloß weiter in allen Lesungen die Vorlage betr. die Abschaffung der nicht im Völkerrecht begründeten Exterritorialität, wodurch gewisse Begünstigungen gewisser Adelshäuser beseitigt werden, ferner das Gesetz über die Aufhebung des Adels, gewisser Titel und Würden, sowie das Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren, wonach die Todesstrafe nur mehr im standrechtlichen Verfahren verhängt werden kann.

Ungünstiges Befinden Clemenceaus.

Ein W.D.-Bericht aus Amsterdam besagt: Gerüchthweise verlautet, das Befinden Clemenceaus sei sehr ungünstig. Er habe sich von den Nachwirkungen des Attentats keineswegs erholt.

Bolschewistische Niederlage.

Aus London meldet die „Agence Havas“: Die Truppen des General Schurov haben am 28. März bei der Einnahme von Wladimir (Kaukasien) die 100 000 Mann starken bolschewistischen Truppen völlig geschlagen. Es wurden über 50 000 Gefangene eingebracht, 13 Panzerzüge, 100 Lokomotiven, 200 Geschütze, 350 Maschinengewehre und beträchtliches Material erbeutet. (W. L.M.)

Badischer Teil.

Zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels und der Schleichverforgung ist ein Zentralstelle eingerichtet worden. Die Geschäftsräume befinden sich in Karlsruhe, Schloßbezirk Nr. 7. Die Anschrift lautet: Zentralstelle zur Bekämpfung des Schleichhandels in Karlsruhe, Schloßbezirk 7, Fernanruf Nr. 5648, Telegrammschrift Bebesch. ▲

Der landständische Ernährungsbeirat hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern aus der Zahl seiner Mitglieder eine dreiköpfige Unterkommission gebildet, welche sich ungesäumt mit der Frage der Einfuhr von Lebensmitteln und von Rohstoffen aus dem neutralen Ausland beschäftigen wird. Zu diesem Zweck wird die Kommission erforderlichenfalls unmittelbar mit den im Auslande in Betracht kommenden Stellen in Benehmen treten und alle in der angegebenen Richtung zweckdienlichen Schritte einleiten. ▲

Das Ministerium für Ernährungswesen hat die Verordnung vom 11. April 1918, den Verkehr mit Honig betreffend, aufgehoben. Auf Grund dieser Verordnung waren im vergangenen Jahre rund 2400 Zentner Honig

zur Ablieferung angemeldet worden. Davon wurden rund 2100 Zentner an Kommunalverbände und rund 300 Zentner unmittelbar an Krankenanstalten, Lazarette, Gefängnisse und Altersheime zugeteilt.

Für das Jahr 1919 wird die Erfassung eines Teils der Honigernte dem Badischen Landesverein für Bienenzucht überlassen, der auch den auf Baden entfallenden Anteil an dem für die Fütterung der Bienen freigegebenen Zucker nach der Zahl der überwinterten Bienenvölker verteilen und daran die Bedingung knüpfen wird, daß für jedes überwinterte Bienenvolk 2 Pfund Honig an den Landesverein abzuliefern sind. Der von dem Badischen Landesverein für Bienenzucht erhaltene Honig aus der Ernte 1919 wird im Benehmen mit der Badischen Zuckerfabrikation in ähnlicher Weise wie im vergangenen Jahre an Krankenanstalten, Lazarette, Gefängnisse und Altersheime sowie an Kommunalverbände zur Versorgung der Kranken und Kinder verteilt werden. Wegen der Frage, ob der bestehende Höchstpreis für Bienenhonig beizubehalten, abzuändern oder aufzuheben ist, wird noch Entscheidung des Reichsernährungsministeriums erfolgen.

Im Falle der Aufhebung des Höchstpreises wird der Übernahmepreis für den an den Landesverein abzuliefernden Honig von der badischen Regierung bestimmt werden.

Nr. 20 des Badischen Gesetzes und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen der Badischen vorläufigen Volksregierung die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betreffend; eine allgemeine Amnestie betreffend; des Ministeriums des Innern: die Verweisung und Sicherung der Gemeindefürsorge betreffend; des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für soziale Fürsorge: den Vollzug der Reichsverordnung über Änderung des Verfahrens in Militärverordnungsachen vom 1. Februar 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 149) betreffend; des Ministeriums für Ernährungswesen: die Verordnung mit Eiern betreffend; den Verkehr mit Honig betreffend; des Ministeriums der Finanzen: über die Einlieferung von Schriften, Druckfachen, Wertpapieren und Zahlungsmitteln beim Grenzübergang nach dem Ausland.

Badische Wohnungsbau.

Aus dem besetzten Hannover sind tauchen neuerdings Meldungen auf, die den Verdacht erwecken müssen, daß die Franzosen bezuden wollen, die Stimmungsmache, wie sie sie in der Pfalz betreiben, auch auf das unbefestigte Deutschland auszuweiten. Nur auf diese Weise ist es zu erklären, daß auch in Mitternachts der neutralen Zone in jüngerer Zeit die Zustände im besetzten Hannoverland gelegentlich in durchaus franzosenfreundlichem Sinne geschildert wurden. Angesichts des in der Pfalz geübten Systems liegt die Vermutung nahe, daß die Franzosen auch im Reich Gebiet sich die Hilfe deutscher Landesbewohner zu erzwingen suchen, um ihren Wünschen entsprechende Korrespondenzen in die deutsche Presse zu schmuggeln. Daß die Bevölkerung des Hannoverlandes in Wahrheit von den französischen Vätern nicht entzweit ist, geht u. a. aus einer im Gegensatz zu den hier gemeinten durchaus glaubwürdigen — Meldung der Badischen Politischen Korrespondenz hervor, die dieser Tage verbreitet wurde, und die aufs neue bezeugt, daß die Besatzung unter den Schikanen der französischen Militärbehörden schwer zu leiden hat und den Tag herbeiseht, an dem die Besatzungstruppen wieder abziehen, sowie, daß den Franzosen im besetzten Hannoverland bis jetzt jedenfalls keine moralischen Eroberungen gelangen. Wir sind überzeugt, daß es dazu auch nicht kommen wird und möchten gerade darum davor warnen, anderslautenden, womöglich von feindlicher Seite beeinflussten, Mitteilungen Glauben zu schenken.

Das Wohnungselend in den badischen Städten nimmt immer schroffere Formen an und zeitigt Erscheinungen, wie sie wohl bis jetzt nirgendwo bekannt waren. Nicht man den Angehörigen der Zeitungen, so sieht man tagtäglich auf Angebote von 50, 100, ja 200 Mark für den bloßen Raudeck einer Wohnung. Der Stadtrat in Freiburg warnte dieser Tage öffentlich auf das dringendste vor dem Zugang nach Freiburg und gab bekannt, daß trotz dieser Warnung Zuziehende Gefahr laufen, kein Unterkommen zu finden. Verlässliche Neuzuziehende bei der städtischen Wohnungsbauverwaltung ist z. B. vollkommen ausgeschlossen. Auch Familien, die in letzter Zeit nach Freiburg zugezogen sind und nicht dienstlich oder geschäftlich auf den Aufenthalt in der Stadt angewiesen sind, können nicht darauf rechnen, bei der Zuzugung von Wohnungen berücksichtigt zu werden. Im den Verhältnissen entgegenzutreten hat das Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen die Gemeindefürsorge ermächtigt, anzuordnen: 1. daß Wohnungen und Räume nur unter Amensangabe des Vermieters und genauer Bezeichnung von Straße, Hausnummer und Stodwerk zu Wohnzwecken öffentlich ausgeschrieben werden dürfen, 2. daß das öffentliche Versprechen einer Wohnung für den Raudeck von Mietwohnungen und Räumen sowie die öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Preisangeboten auf Mietwohnungen und Mieträume verboten ist, und 3. daß die Vermietung, Überlassung und Ingebrauchnahme von bemittelten und unbemittelten Wohnungen und Räumen von Wohnzwecken nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörden zulässig ist. Die Zustimmung soll in der Regel nur versagt werden, wenn die Gemeindebehörde dem Verfügungsberechtigten gleichzeitig einen Wohnungsfuchenden bezeugt. Verfügungen ohne die erforderliche Zustimmung der Gemeindebehörde sind rechtsunwirksam. Die Gemeindebehörde kann die betr. Wohnungen und Räume sofort in Anspruch nehmen. Auf Grund dieser Verordnung hat die Stadt Mannheim bereits bestimmt, daß Wohnungen nur mit Zustimmung des Wohnungsamtes vermietet werden dürfen. Gleichzeitig gibt sie bekannt, daß Neuzuziehende auf diese Zustimmung nicht rechnen können. Auch hier also das gleiche Bild wie in Freiburg. Welche Umkehrung der Verhältnisse: Während früher die Städte sich in der Aufforderung zum Zugang gegenständig den Rang abließen, sind sie heute gezwungen, sich den Zuwachs an Fremdwohnern durch öffentliche Warungen vom Leibe zu halten. Und das in einer Zeit, in der ihnen neue Steuerzahler durch aus erwünscht sein müßten, in einer Zeit, in der wir, nach einem Wort des Mannheimer Oberbürgermeisters Kubler, ärmer sind, als nach dem Dreißigjährigen Krieg!

Angesichts dieser Zustände ist es zu begrüßen, daß der Gedanke der Siedlungsgesellschaften im ganzen Lande immer zahlreichere Anhänger gewinnt. Zu den beschriebenen Neuzuzugungen über die wir im Laufe der letzten Monate berichten konnten, hat sich nunmehr eine neue gestellt und zwar

in Heidelberg, wo dieser Tage unter Beteiligung von 36 Gemeinden und zahlreichen Industriellen sich die Siedlungsgesellschaft 'Badische Pfalz' konstituierte.

Mandatsniederlegung.

oc. Der Minister des Inneren Dietrich hat sein Mandat in der Deutschen Nationalversammlung niedergelegt, um sich ganz seiner Ministerialtätigkeit widmen zu können.

Vereinigung von Baden u. Württemberg?

* Zu dem neuerdings aufgetauchten Plan Baden und Württemberg zu einem Staat zusammenzuschließen, schreibt die 'Badische Landeszeitung' unter anderem: Wir wollen heute nicht abschließend zu diesem Plan Stellung nehmen, aber doch gleich hervorheben, daß es sich dabei nicht eigentlich mehr darum handelt, die beiden Staaten zu verschmelzen, sondern geradezu darum, Baden in Württemberg einzuverleiben.

dem nicht zustandekommen, daß man in Weimar und in Berlin einfach den Ehefistler mache. Man solle und werde in Baden den Kopf ruhig behalten.

Die bevorstehende Bierpreiserhöhung.

oc. Der parlamentarische Ernährungsrat hielt gestern mit tag unter Beizug von Vertretern aus der Brauindustrie und zwar sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, sowie aus dem Gastwirtsgetriebe eine Sitzung ab, um die künftige Gestaltung der Bierpreise zu erörtern.

Aus dem badischen Partelleben.

* Die 'Lahrer Zeitung' schreibt: 'Verschiedene badische Blätter bezeichnen die 'Deutsche Volkspartei', die sich auch 'Deutsche liberale Volkspartei' nennt, als 'ehemalige nationalliberale Partei'.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion der badischen Nationalversammlung hat sich infolge der Wahl seines 1. Fraktionsvorsitzenden Geiß zum Staatspräsidenten neugebildet und zum 1. Vorsitzenden Abg. Marum, zum 2. Abg. Kaiser-Heidelberg und zum 3. Vorsitzenden Abg. Müß gewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 4. April. Der Bürgerausschuß hat den Vorschlag angenommen. Durch die Befreiung von Mindesteinkommen für die städtischen Beamten und Angestellten hat sich der Haushaltposten um 2 Millionen Mark erhöht.

Badische Zeitungsstimmen.

Zum Regierungswechsel in Baden schreibt der 'Mannheimer Generalanzeiger' u. a.: 'Mit der Wahl der neuen Regierung durch die Volksvertretung ist ein wichtiger Teil der parlamentarischen und Politisierung unseres öffentlichen Lebens in die Tat umgesetzt.'

Aus der Landeshauptstadt.

Geh. Rat Dr. Josef Durm 7.

* Im Alter von 82 Jahren starb gestern Geheimrat Dr. Josef Durm, der bekannte Professor für Architektur an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe.

Wahltagungsveranstaltung. Zu Gunsten der Kriegsgeblinden wurden am Dienstagabend im Gemeindehaus 'Die jüdischen Verwandten' von Roderich Benediz aufgeführt.

des Krieges zu helfen, ihnen zu zeigen, daß man ihrer auch trotz der Anhaft der Zeit nicht vergessen, den Anstoß zu dieser Veranstaltung gegeben, was ja auch anzunehmen ist, und wenn mit dem wahrscheinlich nicht allzu hohen Erlös auf geschickte und vornehme Weise ein bißchen Freude und Sonne in das Dunkel der Erbarmungswürdigen getragen wird, dann war die Tat schön und lobenswert.

Morgenfeier für gefallene Dichter. Im städtischen Konzerthaus findet am Sonntag eine Morgenfeier für gefallene Dichter statt. Den Einführungsbeitrag hält Frh. Dr. Droop, dessen geistvolle und fesselnde Darstellungsweise von früher her in guter Erinnerung steht.

Staatsanzeiger.

An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Kommerzienrats Dr. Karl Reuther in Mannheim wurde Herr Verbandsyndikus Friedrich Reif in Mannheim zum Mitgliede des Fürsorgeausschusses der Landesstelle der Erwerbslosenfürsorge ernannt.

Karlsruhe, den 2. April 1919. Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen: Marhoff.

Die Befreiung der Umlagen zum Ertrag der im Jahr 1918 vorläufig bezahlten Entschädigungen bei Seuchenverlusten betr.

Der nach dem Viehseuchenentschädigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1910 von den Tierbesitzern der Staatsklasse zu erhebende Aufwand an Entschädigungen einschließlich der Gebühre und Abgänge belief sich im Jahre 1918:

a. Für Tiere des Pferdegeschlechts: Im Jahre 1918 wurden keinerlei Entschädigungen bezahlt. Der auf 1. Januar 1918 vorhandene Umlageüberschuß von 304 Mk. 42 Pfg. ist daher noch voll vorhanden und es fällt die Erhebung von Umlagen von den Pferdebesitzern hiernach nicht nötig.

b. Für getötetes oder gefallenes Rindvieh: Aufwand im Jahre 1918 04 060 Mk. 79 Pfg., hiervon ab der Umlageüberschuß vom vorigen Jahre mit 201 Mk. 46 Pfg., der ungedeckte Aufwand beträgt somit 33 859 Mk. 33 Pfg., zu dessen Deckung von den Rindviehbesitzern im Jahre 1919 bei einem Rindviehbestand von 622 381 Stück eine Umlage von 16 Pfg. für jedes Stück Rindvieh zu entrichten ist.

Karlsruhe, den 3. April 1919. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Weingärtner. Weißer.

Die Ausübung der Jagd während des Krieges betr. Nachstehend werden die mit Rücksicht auf die derzeitigen Ernährungsverhältnisse teilweise abgeänderten Waldschonungen für das Jagdjahr 1. Februar 1919 bis 31. Januar 1920 bekannt gemacht:

- Männliches Rot- und Damwild: 1. 2. bis 31. 7. Weibliches Rot- und Damwild sowie die Girschälber (Rot- und Damwildkämmer beiderlei Geschlechts): 1. 2. bis 30. 9. Rehböde: 1. 2. bis 15. 4. Weibliches Rehwild und Rehböde: 1. 2. bis 30. 9. Gase: 1. 2. bis 31. 7. Dach: 1. 2. bis 31. 7. Auer- und Wirtshühner: 1. 6. bis 31. 3. Auer- und Wirtshennen: das ganze Jahr. Fasanenhähne: 1. 2. bis 31. 7. Fasanenhennen, Wachteln und Gajelwild: 1. 2. bis 23. 8. Rebhühner: 1. 1. bis 23. 8. Enten: 1. 3. bis 30. 6. Schnepfen, Sump- und Wassergeflügel: 1. 4. bis 23. 8.

Karlsruhe, den 29. März 1919. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Pfisterer. Baum.

Die Lotterie Münchener Journalistenvereine betr.

Dem Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein, dem Verein Münchener Berufsjournalisten und dem Ortsverband der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller in München wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 15 000 Losbriefen der von ihnen veranstalteten Lotterie zur Gewinnung von Mitteln zur Unterstützung der infolge des Kriegs in Not geratenen Schriftsteller und Journalisten im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt.

Die mit dem Vertrieb in Baden bestimmten Losbriefe müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Losbriefe dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 28. März 1919. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Pfisterer. Dr. Schülgen.

Das Privat-Pädagogium Karlsruhe, zur Zeit v. 86 jungen Leuten im Alter von 9 bis 25 Jahren besucht, beginnt die Osterferien am 12. April und das Sommerhalbjahr am 28. April d. Js. 6.75

Technische Hochschule Fridericiana.

Am 3. April entschlief der Senior unserer Hochschule

Dr. phil. Dr.-Ing. Josef Durm

Geheimer Rat und ordentlicher Professor der Architektur.

Die Fridericiana verliert in ihm einen ausgezeichneten Forscher und hervorragenden Gelehrten und einen unermüdeten Lehrer, dem sie dauernd ein treues Gedenken bewahren wird.

Karlsruhe, den 4. April 1919.

Rektor und Senat
Hausrath.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:
Sonntag, den 6. April, vorm: 1/2, 12 Uhr.

Morgenfeier für gefallene Dichter
Einführungsvortrag von Fritz Droop. Anschließend Vorlesung von Gedichten der Gefallenen.

Abends 7/7 Uhr: Sondervorstellung

„Die Czardasfürstin“

Mont., 7. (Mo. 28.) „Mina von Barnheim“, 7-9 1/2 (4 M. 30 Pf.) — Dienst., 8. (Die 27) Neu einführt. „Lucia von Lammermoor“, 7-9 1/2 (4 M. 30 Pf.) — Mittw., 9. Sondervorst. „Bar und Zimmermann“, 7-9 1/2 (4 M. 30 Pf.) — Donnerst., 10. (Do. 28.) „Der arme Heinrich“, 7-9.50 (4 M. 30 Pf.) — Freitag, 11. (Frei 26): „Der Troubadour“, 7-9.35 (4 M. 30 Pf.) — Samstag, 12. (Sa. 26.): Zum ersten Mal: „Der Revolutionär“, Drama in 3 Aufzügen von Wilhelm Speyer, 7 Uhr (4 M. 30 Pf.) — Sonntag, 13. Nachm. 1/2 Sondervorst.: „Die Hadenfeier“, 1/2-2 (70 Pf.) — 3 M. 20 Pf., Abends 7/7 (So. 3.) „Hedra“, 1/2-7-9.10 (7 M. 30 Pf.) — Montag, 14. (Mo. 29.) „Lucia von Lammermoor“, 7-9 1/2 (4 M. 30 Pf.)

Eintrachtsaal — Karlsruhe
Montag, 7. April, abends 7/8 Uhr

Klavier-Abend
Elisabeth MORITZ

Vortragsfolge:
1. Beethoven: Sonate op. 31, Nr. 3, Es-Dur.
2. Brahms: Sonate op. 5, F-Moll.
3. Schumann: Symphonische Etuden, op. 13.

Konzertflügel Bechstein aus dem Lager Schweisgut.
Eintrittskarten zu Mk. 4.—, 3.— und 2.— in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstr. 159, Eing. Ritterstraße — Telefon 638 — und an der Abendkasse.

Breuzischer Beamten-Berein
in Hannover

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.

Versicherungsbestand 43448998 M.
Vermögensbestand 193346951 M.

Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsbauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichssteuerabgabe von 1/2 der Prämie trägt die Vereinskasse. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungskosten.

Wer näheren kann, wird sich aus den Drucksachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.

Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch

Die Direktion des Breuzischen Beamten-Bereins in Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Milch- u. Fettversorgung

Wir empfehlen uns zur Lieferung aller für die Milchwirtschaft erforderlichen Geräte, Maschinen und Hilfsmittel. Auf Wunsch stehen wir mit fachmännischem Rat und Auskunft gerne zur Verfügung.

Badischer Molkereiverband Karlsruhe, Lauterbergstr. 1, Tel. 5207

Hohentfels: „Gasthaus u. Pension“ 1/2 Stundev.d. Stat. Albruck Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Tannwald. bietet Erholungsbedürftig, angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

Schüleraufnahme

in d. Privat-Handelslehranstalt und Töchter-Handelsschule „Merkur“
Karlsruhe, Karlstraße 13, nächst dem Moninger.

Gewissenhafte Ausbildung von Damen und Herren für den kaufmännischen Beruf.

Am 23. April beginnen neue Kurse Sommersemester April—Oktober.

Damenkurse — Herrenkurse

Unterrichtsfächer: Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschr. (40 Masch. verschiedener Systeme), Buchführung (einfach, doppelt, amerikanisch), Rundschrift, kaufmännisches Rechnen, Konto-Korrent-Lehre, Effektenkunde, Wechsel- und Scheckkunde, Korrespondenz und Kontorarbeiten usw.

Vollständige Ausbildung für den kaufmännischen Beruf.

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Portugiesisch.

Tages- und Abendkurse.
Eintritt zu einzelnen Fächern am 1. jeden Monats.

Ausführliche Auskunft und Prospekte bereitwilligst.
G. 818 **Die Schulleitung.**

Pädagogium Neuenheim - Heidelberg

Seit 24 Jahren: Ueberleitung i. alle Klassen d. Staatsschulen. Arbeitsstunden. Einzelbehandlung. Familienheim. Prüfungserfolge: Abitur, Prima, 7/8 Kl. d. d. Dir.

Baubund Möbel

gediegen formschön preiswert Abschlagszahlung

Nächste Verkaufsstelle
Karlsruhe, Karlsruherstr. 22
Badischer Baubund
GmbH

Günstige Papierkaufgelegenheit für Beamten.

Wir liefern solange **Kanzlei bzw. Konzeptpapier**, Vorrat reicht:

Normal 3a und 4a, gemischt, garantiert holzfrei, II. Wahl, 1000 Bg. = 27.— M., 1000 St. halbe Bg. = 14.— M., 1000 St. 1/2, Stanzleibätter = 7.50 M. G. 192

G. Knapp & Cie., Papierwarenfabrik, Pfaffingen (Wtbg.)

Große Auswahl Schlafzimmer
in Mahagoni — Eiche — Nußbaum



Speise- und Herrenzimmer
Küchen

Vorteilhafte Preise! Vorteilhafte Preise!

Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe
32 Kronenstrasse 32
Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

Schüler tämlicher Lehrrantfallen Die schlecht schreiben!

erhalten während der Osterferien in 8-10 Tagen eine schöne Normal- oder laufst. Schönschrift. — Wegen Einteilung nach Zeit, Alter, Geschlecht, baldige schriftliche oder persönliche Anmeldung erbeten.

Beginn: Montag, 14. April. Honorar: 15.— Mk.

F. Bud's Spezial-Schreibschule, Karlsruhe i. B., 78 Lessingstraße 78, Ecke Gartenstraße, bei der Munitionsfabrik.

Bekanntmachung.

Die selbständigen Damenschneider und Schneiderinnen von Karlsruhe und Umgebung haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen.

Durch die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten während der langen Kriegsdauer, mit welchen das Schneidergewerbe in jeder Hinsicht fortgesetzt zu kämpfen hat, sowie die Lohnerhöhungen, Vertärfung der Arbeitszeit und kaum erschwingliche Materialpreise, sehen wir uns gezwungen, die bisher üblichen Preise, entsprechend den Zeitverhältnissen, zu erhöhen.

Die Anfertigung von Kleidungsstücken erfolgt künftig nach einem in 4 Klassen eingeteilten Tarif, mit der Bedingung der Barzahlung.

Wir geben unserer verehrl. Kundschaft hiervon Kenntnis, mit dem höchsten Erfuchen, den Zeitverhältnissen gütigst Rechnung zu tragen.

Karlsruhe, den 5. April 1919.

Selbständige Damenschneider und Damenschneiderinnen von Karlsruhe u. Umgebung.

Badische Kleider-Klinik

30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) **Telephon 4120**

Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.

Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. — Prompte Bedienung. — Billige Preise.

G 96 **WOLF AMSTOWSKI.**

Ich kaufe jedes Quantum

Kupfer, Messing, Rotguß, Zink, Blei, Alzeisen etc., ferner Felle, Lumpen (gestrickte u. wollene), Knochen sowie Altpapier (Akten, Geschäftsbücher, Registraturen, Packpapier usw.)

unter Garantie des Einstampfens

Jakob Schneller,
Rohprodukten.
Fernspr. 1597 **Karlsruhe** Durlacherstr. 34
Händler erhält. Vorzugspreise.

F. Novak

Wiener Modsalon 1. Ranges
Karlsruhe, Jähringerstrasse 110, Fernsprecher 3639

Anfertigung fst. Herrongarderobe
sowie Damen-Kostümen, Mänteln, Gesellschafts-Kleidern, Brautkleidern und feinst. Wiener Blusen

Umänderungen werden angenommen.

Empfehle mich zum Ankauf von

Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art

F 986 usw. Gest. Angebote erbitet

Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52 **Telephon 3747.**

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Wein!

Um die Weinabgabe noch genauer als bisher kontrollieren zu können, bitten wir die verehelichten Mitglieder, sich sofort **unter Vorlage des Mitgliedbuches (nicht Karte) bei ihrer Verkaufsstelle eintragen**, sowie das Mitgliedbuch auf dem Umschlag mit dem betreffenden Ladestempel versehen zu lassen. Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder, dieser Aufforderung alsbald Folge zu leisten, da wir vom 14. ds. Mts. ab Wein ohne jede Ausnahme nur noch an die hierfür Eingetragenen verabfolgen können.

Der Vorstand.

Die etatsmäßige Stelle eines

juristischen Hilfsarbeiters

des Bürgermeistersamts und Stadtrats ist alsbald zu besetzen. G. 279

Bewerber, die die Befähigung zum Richteramt besitzen, werden ersucht, unter Angabe der persönlichen Verhältnisse und Gehaltsansprüche sich bis zum **12. April d. Js.** schriftlich bei uns zu melden.

Karlsruhe, den 29. März 1919.
Der Stadtrat.

Assistent für Maschinenbau

für sofort gesucht. Bewerber mit Hochschulbildung wollen Offerte einreichen an die

Direktion der Ingenieurschule zu Mannheim.

Zu kaufen gesucht **National-Kontroll-Kassen**, Totaladdierer, auch Mehrzähler. Barzahlung. Angebote erbeten unter G. 79 a. d. Exped. d. Karlsruh. Ztg.

Zentralheizungen
Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen
Reparaturwerkstätte

Jul. Rößler, Ing.,
vorm. W. Kiby,
Herrnstr. 48 Fernspr. 517

Die fleischlose Küche in der Kriegszeit
nebst einfachen Tischgerichten

Bearbeitet von **Räthe Birke**

Mit nahezu 700 Kochvorschriften,
Preis geb. 3 M.

Ein eigenartiges Kochbuch mit vielen überraschend neuen erprobten Gerichten, ein schätzenswerter Berater der Hausfrau besonders jetzt in der fleisch- und fettarmen Zeit.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

Ausschreiben.

Beim abgehen **Albert Kautzsch** in Freiburg i. B. ist vom 24. April 1919 ab eine Prämie von 1028 M. 57 Pf. jährlich zu vergeben. Der Bewerbung sind beizufügen:

1. der Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter,
2. der Geburtschein,
3. ein Situationszeugnis,
4. ein amtlich beglaubigter Nachweis der Vermögensverhältnisse.

Einreichung der Bewerbung an den Unterzeichneten bis zum 25. April 1919, portofrei. G. 295-31
Freiburg, 1. April 1919.
Franziskanerstr. 9.
Der Vorsitzende der Exekutive des Albert Kautzsch-Stiftes.